

Herr Doğan verwies auf den vorliegenden Bericht und übergab an Frau Schumacher.

Sie erläuterte, dass sich immer mehr Menschen individuelle Bestattungsformen wünschten und der Trend zu Urnenbestattungen und pflegefreien Grabstätten zunehme. Dies wirke sich negativ auf die zu bewirtschaftenden Flächen aus, da für Erdgrabarten eine deutlich größere Fläche als für Urnengrabarten benötigt werde, und führe zu höheren Kosten und Gebührensteigerungen für die Bürger.

Laut Frau Schumacher seien gärtnerbetreute Urnengemeinschaftsgräber als ein Baustein des Friedhofkonzepts aus Verwaltungssicht denkbar; eine Änderung der Friedhof- und Bestattungssatzung der Stadt Sankt Augustin sei hierfür nicht notwendig. Allerdings löse dies nicht zwingend das Problem, wie mit der Vielzahl von brachgefallenen Wahlgräbern verfahren werde und wie man mit der größer werdenden Zahl von Freiflächen umgehe. Daher sei es ihr besonders wichtig, die städtischen Friedhofsflächen im Gesamten konzeptionell zu betrachten und neu zu ordnen. Hierfür böte sich der Einsatz eines digitalen Friedhofskatasters an.

Frau Paul, BNU, und Herr Scharfe, FB 7/70, erklärten, dass es ein solches Kataster bereits in anderen Städten gäbe. Durch die Zusammenlegung sämtlicher räumlich relevanter Informationen zu Grabstätten und Friedhofeinrichtungen könnten alle Daten zentral in einem Programm verwaltet werden. Eine bereits im Bauhof verwendete Software könne man an die Erfordernisse anpassen. Durch den Einsatz eines Katasters ließe sich die Vergabe von Grabstellen besser steuern und zusätzlich eine Entscheidungsgrundlage für alternative Nutzungen von Freiflächen schaffen.

Unter diesen Gesichtspunkten seien kurzfristig vergebene, punktuelle Urnengemeinschaftsgräber auch keine Universallösung, so Frau Schumacher. Vielmehr sei die Erarbeitung einer Neukonzeption der Friedhöfe ihr besonderes Anliegen. Daher deute sie eine zustimmende Haltung der Ausschussmitglieder als ein wichtiges Signal für eine zukunftsorientierte und langfristige Planung.

Herr Doğan schlug vor, den Bericht, der auf Grundlage einer Anfrage der CDU entstanden sei, zur Kenntnis zu nehmen. Die weitere Beratung solle interfraktionell stattfinden im Hinblick auf die Frage, ob die Verwaltung die Planungen im Sinne des Berichts weiterverfolgen solle.

Frau Gassen begrüßte den Vorschlag von Herrn Doğan und kündigte bereits die positive Haltung ihrer Fraktion zur Einrichtung eines Friedhofskatasters an.